



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918**

**Deutsches Reich / Auswärtiges Amt**

**Berlin, 1924**

IX. Wilsons dritte Note und ihre Beantwortung

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76957](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76957)

IX

Wilson's dritte Note und ihre Beantwortung



**Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden  
gehalten im Reichstage am 22. Oktober 1918**

(Auszug)

Die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage: Rechtsfriede oder Gewaltfriede? auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um den Gesinnungsstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgefochten wird, wie er auch in gleicher Lage bei uns ausgefochten werden müßte.

Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei nahe, in dem sie all die angesammelten Leidenschaften des Hasses und der Rachsucht auf dem Boden unserer deutschen Heimat befriedigen können; auf der anderen sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet: Ehe irgendeine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, das Zwangsmittel der Gewalt zur Durchsetzung des von ihr vertretenen Rechts gegen eine andere Nation anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Uebereinkunft den Frieden zu erhalten oder — auf die gegenwärtige internationale Lage angewandt — ihn zu erreichen.

Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können die seelischen Gewalten nennen, die gegeneinander stehen, aber nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewißheit bringen.

Bis dahin, meine Herren, müssen wir uns in allen unseren Gedanken und in allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten rüsten:

Erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen, und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum Aeüßersten treibt. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eingriff.

Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflös einem Gewalt-

\*) Neu aufgenommen.

frieden zu beugen. Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben. Sie würde vom Zorn der öffentlichen Meinung weggefegt.

Aber, meine Herren, auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden. Die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: wenn nun ein Friede auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt, was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben.

Ja, meine Herren, es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Machtstellung. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern als Recht erkannt wird. Eine schwere Ueberwindung für ein stolzes und sieggewohntes Volk! Denn die Rechtsfrage macht nicht halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen würden: die Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes.

Meine Herren, mir ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein Deutschland feindliches Tribunal bedeuten würde, das die Rechtsfrage ausschließlich unter dem Gesichtspunkt eigener Interessen entscheiden würde. Wenn dem so wäre, warum scheuen denn dann gerade die extremen Machtpolitiker in der Entente das Verhandlungszimmer wie der Schuldige das Gericht? Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund. Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker zur nationalen Selbstüberwindung sich aufraffen. Die Realisierung der Rechtsgemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teils der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den anderen. Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geist wir dieser notwendigen Entwicklung folgen. Verharren wir innerlich auf der Basis des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann, meine Herren, gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung. Dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das uns für Generationen lahmlegen würde. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist, und wenn wir uns dieser Idee nicht widerstrebend unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem sachlichen Ernst und aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Erbteil sind.

**Wilson's dritte Note**

Angekommen: 24. Oktober 2 Uhr 20 nachm.

Staatsdepartement, 23. Oktober 1918

Mein Herr! Unter Berücksichtigung der von Ihnen übermittelten Note der deutschen Regierung vom 20. Oktober beehre ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß der Herr Präsident mich beauftragt hat, folgendes darauf zu antworten:

„Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und deutliche Erklärung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie rückhaltlos die Vorbedingungen für den Frieden, welchen er in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 an den Kongreß der Vereinigten Staaten niedergelegt hat, sowie die Grundsätze einer Friedensregelung, welche in seinen folgenden Botschaften und namentlich in der vom 27. September verkündet wurden, annimmt, und daß sie wünscht, über die einzuleitenden Schritte und deren Anwendungen Besprechungen zu eröffnen, und daß dieser Wunsch und dieses Ziel nicht seitens derjenigen ausgesprochen wurde, die bisher Deutschlands Politik diktierten und im Namen Deutschlands den gegenwärtigen Krieg führten, sondern seitens eines Ministeriums, das für die Mehrheit des Reichstages und für eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes spricht, und nachdem weiter der Präsident gleichfalls das weitere Versprechen der deutschen Regierung erhalten hat, daß die Gesetze der Menschlichkeit und der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser wie zu Lande durch die deutschen Streitkräfte werden beachtet werden, empfindet der Präsident, daß er sich nicht mehr weigern könne, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet sind, mit der Frage eines Waffenstillstandes näherzutreten.

Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzuschlagen er sich für berechtigt erachten würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederaufnahme über Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen.

Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht assoziiert ist, mit dem Vorschlag übermittelt, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland assoziierten Regierungen die notwendigen Bedingungen für einen Waffenstillstand zu unterbreiten, der die Interessen der betreffenden Völker völlig wahren und das unbeschränkte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens gewährleisten

würde, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür bringen, daß es die Bedingungen und Grundsätze des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion ersprießt.

Der Präsident fühlt, daß er nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form, betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Aeußern in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden. Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind. Aber der gegenwärtige Krieg war es nicht. Und um den gegenwärtigen Krieg handelt es sich. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten könnten, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben.“

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung.

gez. Robert Lansing

### **Anweisung für die Waffenstillstandskommission**

1. Die militärische Lage\*\*) ist derart, daß die Kräfte des Feldheeres zu einem sicheren Halten der Stellung nicht mehr ausreichen. Der Ersatz gleicht die Verluste seit langem nicht mehr aus. Wir könnten zwar, um die empfindlichsten Lücken zu schließen, unter Schwächung der Kriegswirtschaft aus der Heimat noch eine größere Anzahl Leute herausziehen. Diese reichen aber nicht aus, um das Heer in kurzer Zeit wieder auf ausreichende Kampfkraft zu bringen.

Unsere Feinde dagegen können unter voller Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft ihre Heere mindestens auf gleicher Höhe halten.

Das Stärkeverhältnis des Heeres wird sich daher dauernd zu unseren Ungunsten verschlechtern.

Die Möglichkeit, uns bestimmte Friedensbedingungen gegen das amerikanisch-englisch-französische Heer zu erkämpfen, besteht demnach nicht.

In Erkenntnis dieser Lage ist das Friedensangebot gemacht.

Trotzdem müssen wir selbstverständlich stets zur Wiederaufnahme des Kampfes bereit sein, für den Fall, daß uns Bedingungen gestellt werden sollten, die unsere Zukunft zerstören. Solche Bedingungen liegen wahrscheinlich nicht in der Absicht des Präsidenten Wilson. Eher ist von Frankreich oder England zu erwarten, daß diese Staaten den Krieg zur Durchsetzung unerfüllbarer Bedingungen fortsetzen. Es ist dann nicht ausgeschlossen, daß die Vereinigten Staaten sich einer Weiterführung des Krieges enthalten. Der Kampf gegen das französisch-englische Heer allein ist durchaus nicht aussichtslos, besonders, wenn Belgien sich ebenfalls versagt und der Krieg auf das deutsch-französische Grenzgebiet beschränkt bleibt.

2. Wir haben die 14 Punkte des Präsidenten Wilson vorbehaltlos angenommen, ohne daß wir über die Auslegung dieser Punkte, über deren Folgen für die zukünftige Gestaltung Deutschlands sowie über etwaige weitere Forderungen der Entente klar sehen.

Ferner haben wir uns zur Räumung der besetzten feindlichen Gebiete vorbehaltlos bereit erklärt.

Es ist also zweifellos die Gefahr vorhanden, daß wir erst nach vollendeter Räumung erfahren, ob zwischen der Auslegung der 14 Punkte

\*) Neu aufgenommen. — Anmerkung bei der Herausgabe: Das vorliegende Dokument stellt die letzte Fassung der Instruktion für die Waffenstillstandskommission dar, wie sie ihr vom Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg gegeben worden ist. Der Entwurf dazu trägt die Signierung Hindenburgs und Ludendorffs vom 23. Oktober. Die Instruktion gliedert sich in drei Abschnitte, von denen nur der erste — Allgemeines — wegen seines politisch wichtigen Inhalts hier Aufnahme findet. Die beiden anderen Abschnitte — B. Waffenruhe und C. Räumung — sind rein militärischer Natur.

\*\*) Sperrungen im Original.

seitens der deutschen Regierung und seitens des Präsidenten Wilson tiefgreifende Unterschiede (besonders in den Elsaß-Lothringen und die östlichen Gebiete betreffenden Fragen) bestehen, sowie ob die Forderungen Englands und Frankreichs über diese Punkte hinausgehen. Stellt sich dann heraus, daß die Forderungen unserer Gegner derart sind, daß wir den Kampf wieder aufnehmen müssen, so fechten wir an der deutschen Grenze zweifellos unter sehr ungünstigen Umständen (Krieg im eigenen Lande, starke Verringerung der Eisen- und Stahlproduktion, Gefährdung der gesamten Kriegsindustrie Westdeutschlands, schwierige Transportlage).

Wesentlich günstiger wäre eine Wiederaufnahme des Krieges in Belgien und vorwärts Metz.

Es gibt zwei Wege, um vor dem Eintreffen des Westheeres auf deutschem Boden Klarheit über die allgemeinen Umrisse des Friedens zu schaffen.

a) Hinzögerndes Verhalten bei den Räumungsverhandlungen.

b) Schleunige Einleitung präliminärer Friedensverhandlungen.

Zu a). Ein solches Verhalten würde dem Geiste unseres bisherigen Notenwechsels mit Wilson zweifellos widersprechen. Uns würde mit Recht Hinterhältigkeit vorgeworfen werden. Unsere Stellung gegenüber Wilson, die bei dem von uns eingeschlagenen Verfahren von entscheidender Bedeutung für den Ausgang sein wird, würde eine ernstliche Trübung erfahren. Wir haben aber alles Interesse an einer offenen, rückhaltlosen Haltung gegenüber dem Präsidenten.

Zu b). Es kann daher nur eine schnelle Einleitung präliminärer Verhandlungen in Frage kommen.

3. Eine ehrliche und vertrauende Haltung ist aber auch ganz allgemein für die Verhandlungen in der Kommission gegenüber den amerikanischen Vertretern notwendig. Zweifellos bestehen in den politischen und militärischen Zielen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten tiefgreifende Unterschiede. Jedes Mißtrauen der Vereinigten Staaten gegen uns würde diese Unterschiede zurücktreten lassen, ein Vertrauensverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und uns vertieft sie.

Unsere Haltung gegenüber den englischen und französischen Vertretern ist schwieriger zu bestimmen. Wir werden nicht von vornherein zwischen ihnen und den amerikanischen Vertretern Unterschiede machen dürfen. Das würde auch bei den amerikanischen Vertretern ungünstig wirken. Zunächst werden wir daher auch ihnen gegenüber offen auftreten müssen. Sobald jedoch demütigende Bedingungen von ihnen gestellt werden, wird eine starke Zurückhaltung einzutreten haben. Es kann erwartet werden, daß die Vereinigten Staaten solchen Forderungen sich nicht anschließen werden. Damit stärkt sich unsere Stellung.

4. Die Kommission muß sich ehrlich auf den Boden des Notenwechsels stellen. Sie darf nicht versuchen, bereits Zugestandenes rückgängig zu machen. Innerhalb des Rahmens aber, wie er durch den Notenwechsel ge-

zogen ist, muß die Kommission versuchen, alles, was für Deutschland erreichbar ist, zu erkämpfen. Wie weit sie nachlassen darf, wird von Fall zu Fall von der Obersten Heeresleitung bzw. Seekriegsleitung entschieden werden, soweit nicht bereits nachstehend in einzelnen Punkten Richtlinien gegeben sind.

5. Ein schnelles Aufhören des Kampfes liegt im dringendsten Interesse des deutschen Heeres.

Der Präsident Wilson will nach dem Wortlaut seiner Note die Hand zur Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen erst bieten, wenn die besetzten Gebiete geräumt sind. Der Präsident versteht unter Waffenstillstand vermutlich die endgültige Einstellung der Feindseligkeiten. Es ist nicht anzunehmen, daß er an ein kampfweises Zurückgehen des deutschen Heeres hinter die deutsche Grenze denkt.

Als erstes wäre also die Einstellung des Kampfes (Waffenruhe) zu vereinbaren.

Daran anschließend wären die Vereinbarungen über die Räumung und den endgültigen Waffenstillstand an der deutschen Westgrenze zu treffen.

6. Die nach den Weisungen der Obersten Heeresleitung arbeitende Waffenstillstandskommission kann nur die Richtlinien festlegen. Zur Bestimmung der Einzelheiten und zur Ausführung der getroffenen Vereinbarungen sind sowohl an der Kampffront wie im zu räumenden Gebiet besondere Kommissionen erforderlich. Die Kommissionen an der Front unterstehen der Waffenstillstandskommission, während die Kommissionen im besetzten Gebiet nach Weisung des Generalquartiermeisters arbeiten.

gez. von Hindenburg

Nr. 76b\*)

**Der Chef des Generalstabes des Feldheeres  
Generalfeldmarschall von Hindenburg an die Armeen**

Telegramm

Zur Bekanntgabe an alle Truppen

Wilson sagt in seiner Antwort, er wolle seinen Bundesgenossen vorschlagen, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Der Waffenstillstand müsse aber Deutschland militärisch so wehrlos machen, daß es die Waffen nicht mehr aufnehmen könne. Ueber einen Frieden würde er mit Deutschland nur verhandeln, wenn dieses sich den Forderungen der Verbündeten in bezug auf seine innere Gestaltung völlig füge; andernfalls gebe es nur die bedingungslose Unterwerfung.

Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, daß der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Sie ist ferner der Beweis, daß unsere Feinde das Wort „Rechtsfrieden“ nur im Munde führen, um uns zu täuschen und unsere Widerstandskraft zu brechen. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden bereit sein, der Deutschlands Zukunft gerade für die breiten Schichten des Volkes sichert.

Im Felde, den 24. Oktober, abends 10 Uhr

gez. von Hindenburg

\*) Neu aufgenommen. — Anmerkung der Reichskanzlei: Dieses Telegramm ist am folgenden Tage angehalten worden, nachdem es eine Reihe von Truppen schon erreicht hatte; der Reichsregierung wurde es erst dadurch bekannt, daß es in der Pressebesprechung des Kriegspresseamts am 25. Oktober den Pressevertretern mitgeteilt wurde. Vgl. Nr. 81, 96 a.

Nr. 76c\*)

**Die Nachrichtenstelle Düsseldorf  
an die Oberste Heeresleitung**

Telegramm

Angekommen: 25. Oktober 3 Uhr 40 Min. nachm.

Vertrauensmann meldet vom 24. Oktober 1918 aus Amsterdam:

Englische Pressevertreter erfuhren in Kreisen der englischen Gesandtschaft im Haag: Sämtliche Ententeregierungen haben sich der Parole der Vereinigten Staaten, keinen Frieden mit dem Kaiser und dem Kronprinzen, formell angeschlossen.

Nachrichtenstelle Düsseldorf

---

\*) Neu aufgenommen.

Nr. 77

**Der Kaiserliche Gesandte in München von Treutler  
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 3 Uhr 35 nachm. — Angekommen: 6 Uhr 10 nachm.

München, den 25. Oktober 1918

Für den Herrn Reichskanzler

Geheim

Ich erfülle eine schwere Pflicht, wenn ich Euerer Großherzoglichen Hoheit melde, daß hier in Bayern von berufener Seite die gestern abend bekanntgegebene Antwort Wilsons so gedeutet wird, daß sie sich in ihrem letzten Abschnitt direkt gegen die Person unseres Kaisers kehrt. Der Ministerpräsident und der Kriegsminister sind der Ansicht, der Wortlaut der Note lasse andere Deutung nicht zu; durch die verhüllte Ausdrucksweise solle lediglich Gelegenheit gegeben werden, den schmerzlichen Schritt freiwillig zu tun. In jedem Falle treten die Genannten dafür ein, daß Seiner Majestät offen dargelegt werden müsse, daß die Feinde keinen annehmbaren Frieden bewilligen würden, wenn das große Opfer nicht gebracht würde. Wenn dann Seine Majestät Verzicht leistet auf die Kaiserwürde, so würde er nur im Geiste seines 26jährigen Friedenswerkes handeln und dieses krönen. Seine Gestalt würde als die des hochherzigsten, edelsten und aufopferndsten Wohltäters des deutschen Volkes in der Geschichte weiterleben.

Graf Lerchenfeld erhält entsprechende Instruktion.

Treutler

Nr. 78

**Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg  
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 1 Uhr 30 nachm. — Angekommen: 3 Uhr nachm.

Bern, den 25. Oktober 1918

Geheim

Um Uebermittlung nachstehenden Telegramms bittet mich Fürst Hohenlohe-Langenburg:

„Prinz Max von Baden — Persönlich!

Berlin

Erfahre eben aus zuverlässiger Quelle, daß der Schluß der heutigen Wilson-Note kaum anderes bedeute, als daß einziger Weg zu einigermaßen erträglichem Frieden über Resignation des Kaisers führe. Wilson scheint anzuerkennen, daß monarchische Staatsform der Geschichte und den Lebensnotwendigkeiten deutschen Volkes entspricht, vermag aber die in Amerika selbst und in der ganzen Entente herrschenden Vorstellungen über die Person des Kaisers, seine Rolle im Kriege und seinen Einfluß auf die Leitung der inneren und äußeren Politik nicht mehr zu beseitigen. Mein Gewährsmann glaubt, daß eine solche Tat es Wilson erleichtern würde, zugunsten seiner Friedenspläne auf den Senat zu wirken, der neuerdings Einfluß im Sinne einer gänzlichen Niederwerfung Deutschlands gewinnt. Gleichzeitig würde sie die Friedensstimmung in den übrigen Ententestaaten stärken. Dadurch würde die Erhaltung der Dynastie gesichert, die ebenso wie letzten Endes alle deutschen Dynastien gefährdet wäre, wenn — wofür die Entente zweifellos sorgen würde — der Glaube erweckt werden könnte, daß an der Person des Kaisers der Frieden gescheitert sei.

Im übrigen ist meinem Gewährsmann zufolge den Amerikanern die Schwäche unserer militärischen Lage zu bekannt, um bei ihnen über den endgültigen Sieg der Entente auch im Falle Aufrufs zu nationaler Verteidigung Zweifel aufkommen zu lassen. Unser Zusammenbruch sei nur eine Frage der Zeit. Ein Versuch, den Endkampf hinauszuziehen, würde nur als erneuter Beweis des Vorwiegens militärischer Einflüsse angesehen werden und den Verdacht nähren, daß auf unsere ganze innerpolitische Wandlung kein Verlaß sei.

Bei der ungeheuren Tragweite der zu fassenden Entschlie-  
ßungen halte ich es, so schwer mir dies fällt, für meine Pflicht, Dir  
persönlich diese Mitteilung zu machen, deren Urheber wegen  
seiner Persönlichkeit und seiner Beziehungen durchaus ernst zu  
nehmen ist.

Ernst Hohenlohe“

Vorstehendes Telegramm beruht auf Mitteilungen meines Vertrauens-  
mannes. Der Vermittler hat den Eindruck, daß es sich nicht lediglich  
um persönliche Meinungen des Vertrauensmannes handelt, sondern, da er  
noch andere Informationen erhalten hatte, noch vor Eintreffen der  
neuesten Antwortnote Wilsons in der Lage war, dem Vermittler anzu-  
deuten, daß die Note einen noch deutlicheren Wink in der Abdankungsfrage  
enthalten werde als die vorhergehende. Der Vertrauensmann, der morgen  
wieder in Bern eintrifft, wird uns Kommentar zu der Note geben.

gez. Romberg

*Eigenhändige Aufzeichnung des Gesandten von Haniel  
im Auswärtigen Amte über eine telephonische Mitteilung  
des Vertreters des Auswärtigen Amtes im Grossen Haupt-  
quartier Legationsrat Freiherrn von Lersner*

Berlin, den 25. Oktober 1918 nachm.

Herr von Lersner telephonierte mir, daß die Oberste Heeresleitung, die heute nachmittag zusammen mit Herrn von Hintze eintreffen werde, sehr „wild“ sei und auf einer Ablehnung des Wilsonschen Waffenstillstandes bestehen werde. Auf Grund seiner langjährigen Erfahrung im Großen Hauptquartier und seiner über die gegenwärtige militärische Lage gemachten Beobachtungen und eingezogenen Informationen könne er aber nur auf das dringendste\*) davor warnen, etwaigen Versprechungen der Obersten Heeresleitung Glauben zu schenken und uns in der einmal eingeschlagenen Friedenspolitik auch nur im geringsten beirren zu lassen. Die militärische Lage sei heute mindestens ebenso hoffnungslos wie vor drei Wochen, da eine Besserung nicht zu erwarten und es nur eine Frage von Wochen, höchstens\*) wenigen Monaten sei, wann der Feind bei uns im Lande stehe.

Auf meine Frage, wie ein Wechsel in der Obersten Heeresleitung auf die Front wirken würde, sagte Herr von Lersner, daß bei einem Teil der Armee dies vielleicht ungünstig, bei dem größeren\*\*) Teil aber günstig\*) wirken würde, da man das Vertrauen in die gegenwärtige Oberste Heeresleitung verloren habe.

gez. Haniel

\*) Im Original zweimal unterstrichen.

\*\*) Im Original einmal unterstrichen.

Nr. 79 a\*)

**Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr  
von dem Bussche an den Staatssekretär a. D. von Hintze  
im Grossen Hauptquartier**

Telegramm

Abgegangen: 10 Uhr 40 Min. nachm.

Berlin, den 27. Oktober 1918

Botschafter Wien telegraphiert vom 26. d. M.:

„Wie mir Graf Andrassy sagte, sei seine Aufgabe die Liquidierung des Krieges. Es stehe noch nicht fest, wie sie erfolgen werde. Die Monarchie sei fertig, gehe der Revolution in Ungarn, Kroatien, Böhmen und auch in Wien rettungslos entgegen, wenn es ihr nicht gelinge, rasch Frieden zu schließen. Kaiser Karl werde Seiner Majestät entsprechend telegraphieren. Vorläufig bitte er um vertrauliche Behandlung. Auf meine Frage, ob er Sicherheiten aus der Schweiz mitgebracht habe, antwortete der Minister, zwar habe er Garantien nicht erhalten, es sei ihm aber gesagt worden, vielleicht könne die Monarchie erträgliche Bedingungen erhalten, wenn sie sich von Deutschland trenne. Entente habe in bezug auf Oesterreich-Ungarn kein festes Programm. Es bestehe Uneinigkeit, und einflußreiche Kreise sprächen für Notwendigkeit der Erhaltung. In bezug auf Deutschland bestehe fester Entschluß, uns vollkommen niederzuringen und Rache zu üben, wenn wir jetzt nicht nachgeben. Unzweifelhaft seien darin die Feinde einig. England liege hauptsächlich an Deutschlands Verzicht auf Seestellung. England habe aber Furcht vor Amerika und zurzeit noch ein gewisses Gefühl für solidarische Europa gegenüber der Neuen Welt. Er kenne nicht Amerikas näheren Standpunkt gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn, denn die englischen Aeußerungen darüber seien nicht zuverlässig. Sicher sei, daß wegen des U-Boot-Krieges Amerika Deutschlands Nachgiebigkeit verlangen bzw. erzwingen werde. In Ungarn sei die Lage noch völlig unsicher. Sein Schwiegersohn Graf Karolyi werde einige Zeit dort der mächtigste Mann sein, aber bald von seinen radikalen Anhängern in unmögliche Situationen gedrängt werden und abwirtschaften. Er hoffe, daß ein Ministerium Karolyi nicht kommen werde. Ein solches würde zweifellos direkt deutschfeindliche Haltung einnehmen. In Oesterreich sei ein Kabinett Lammasch wahrscheinlich, da man ihm im feindlichen Lager am ehesten Vertrauen entgegenbringe.“

gez. B u s s c h e

\*) Neu aufgenommen.

**Aufzeichnung des Legationssekretärs im Auswärtigen Amte  
von Schmidhals**

Berlin, den 25. Oktober 1918

In der heutigen Pressekonferenz verlas der Chef des Kriegspresseamts im Auftrage der Obersten Heeresleitung zwei Telegramme des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zur vertraulichen Kenntnis und zur Verbreitung durch die Mundpropaganda, nicht aber durch die Presse.

Das erste dieser Telegramme war gerichtet an den Herrn Reichskanzler und legte Verwahrung ein gegen Gerüchte, die dahin gingen, der Generalfeldmarschall habe seinerzeit ein sofortiges\*) Friedensangebot verlangt und dabei darauf hingewiesen, es handele sich um eine Sache von Stunden.

Das zweite Telegramm war an die Kommandierenden Generäle gerichtet und brachte zunächst eine kurze Analyse der Wilsonschen Waffenstillstandsbedingungen. Dann folgte die Erklärung, diese seien für das Militär unannehmbar\*). Es bliebe daher nichts übrig als Kampf bis zum Aeüßersten.

gez. von Schmidhals

Seiner Exzellenz  
dem Herrn Staatssekretär

---

\*) Im Original gesperrt.

Nr. 81\*)

***Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen  
Hauptquartier Legationsrct Freiherr von Lersner an das  
Auswärtige Amt***

Telegramm.

Abgegangen: 9 Uhr 45 nachm. — Angekommen: 9 Uhr 55 nachm.

Großes Hauptquartier, den 26. Oktober 1918

Geheim

Feldmarschall von Hindenburg soll vorgestern abend einen Erlaß an die Armeen herausgegeben haben, in dem er die letzte Wilsonnote als Deutschlands unwürdig bezeichnet und Kampf bis zum Ende befiehlt.

Heeresgruppe Gallwitz hat ihre schweren Bedenken gegen den Inhalt geäußert. Der Feldmarschall hat dann den Erlaß gestern abend wieder zurückgezogen. Bei einer Armee soll er aber bereits bis zu den Bataillonsstäben gelangt sein.

gez. Lersner

\*) Vgl. Nr. 76 b.

**Staatssekretärsitzung am 26. Oktober 1918**

Protokollauszug

Anwesend:

Exzellenzen von Payer,  
Graf Roedern,  
Friedberg,  
Scheidemann,  
Trimborn,  
Groeber,  
Erzberger,  
Haußmann,  
Scheüch,  
Solf,

Unterstaatssekretär Wahnschaffe

von Payer kommt auf seine gestrige Besprechung mit den Herren der Obersten Heeresleitung zurück. Sie hätten ihn zu überzeugen versucht, daß man Verhandlungen abbrechen und mit einer Proklamation an das Volk dieses zu den Waffen zu rufen suchen müßte. Er habe sich auf andern Standpunkt gestellt. Wir würden Note beantworten in dem Sinne, daß man sich nach Bedingungen erkundige. Die Herren seien der Ansicht gewesen, man dürfe nicht weiter verhandeln, unser Heer stände unbesiegt auf feindlichem Boden und dürfe nicht kapitulieren. Auf seine Frage, welche Chancen wir bei einem Weiterkämpfen hätten, einen besseren Frieden zu erlangen, hätten sie ihm keine direkte Erklärung gegeben. Sie hätten nur gesagt, wenn wir noch einige Monate aushalten könnten, so würde sich auf der andern Seite eine stärkere Friedenssehnsucht geltend machen, besonders in Frankreich, aber auch in England. In Frankreich könne man auch mit inneren Unruhen rechnen. Er sei dem nicht beigetreten und habe auf der andern Seite auf die schlimmen Zustände in Oesterreich hingewiesen und gefragt, ob die nicht auch für uns von verhängnisvollem Einfluß sein könnten. Er habe darauf keine Antwort erhalten. Er sei aber aufgefordert worden, sich dahin festzulegen, daß, wenn wir ein sehr ungünstiges Waffenstillstandsangebot erhielten, wir eine Erhebung des Volkes in die Wege leiten würden. Er habe es abgelehnt, sich darauf festzulegen und seinerseits die Forderung gestellt, daß noch andere Heerführer gehört werden müßten. Dies sei von Hindenburg in weniger entschiedener Form, von Ludendorff dagegen sehr energisch abgelehnt worden.

Scheüch ergänzt diese Bemerkungen noch dahin, daß seitens der Obersten Heeresleitung noch die Kohlennot beim Feinde und das Nachlassen seiner Kampfkraft zu unsern Gunsten erwähnt worden sei. Die Heeresgruppen Rupprecht und Deutscher Kronprinz hätten in den letzten Wochen starke Angriffe abgewiesen. Zwischen Clemenceau und Foch be-

stehe ein erheblicher Gegensatz wegen der uns aufzuerlegenden Bedingungen. Ersterer erhebe sehr scharfe Forderungen, die Foch ablehne, also unsere Kampfkraft noch höher einschätze. Die Herren der Obersten Heeresleitung hätten noch besonders auf ein französisches Urteil der letzten Tage hingewiesen, daß die deutschen Armeen sich noch gut hielten, aber es in Frankreich in vier Wochen zu Ende sei, wenn es noch so weiter gehe. Hindenburg habe noch gesagt: wir sind über den Berg gekommen. Nicht nur unsere Truppen halten, sondern beim Gegner bestehen erhebliche Schwierigkeiten. In 14 Tagen werden wir weiter sehen — also Zeit gewinnen — sei der Schluß seiner Ausführungen gewesen. Die Mißerfolge hat Hindenburg zugegeben, sie seien aber nicht entscheidend gewesen.

Er selbst habe sich für die Anhörung anderer Generale ausgesprochen, die Unterhaltung sei aber nicht zum Abschluß gekommen. Er habe den Eindruck, daß, wenn ein Druck ausgeübt würde, die Anhörung dann doch noch möglich sei. Vielleicht ließe sie sich gleich nach Absendung der Note, und zwar an zwei Stellen der Front, vornehmen.

Fortsetzung nachmittags 1½ Uhr.

von Payer teilt vertraulich mit, daß Seine Majestät das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff angenommen, dagegen Exzellenz Hindenburg bewogen habe, im Amte zu bleiben.

(Folgt Beratung des Textes der Note)

Nr. 83

**Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm II.**

Telegramm

27. Oktober 1918

Teurer Freund!

Es ist meine Pflicht, Dir, so schwer es Mir auch fällt, zur Kenntnis zu bringen, daß Mein Volk weder im Stande noch willens ist, den Krieg weiter fortzusetzen.

Ich habe nicht das Recht, Mich diesem Willen zu widersetzen, da Ich nicht mehr die Hoffnung auf einen guten Ausgang hege, für welchen die moralischen und technischen Vorbedingungen fehlen, und da unnützes Blutvergießen ein Verbrechen wäre, das zu begehen Mir Mein Gewissen verbietet.

Die Ordnung im Innern und das monarchische Prinzip sind in der ernstesten Gefahr, wenn wir dem Kampf nicht sofort ein Ende bereiten.

Selbst die innigsten bundesbrüderlichen und freundschaftlichsten Gefühle müssen vor der Erwägung zurückstehen, daß Ich den Bestand jener Staaten rette, deren Gesicke Mir die göttliche Vorsehung anvertraut hat.

Deshalb kündige Ich Dir an, daß Ich den unabänderlichen Entschluß gefaßt habe, innerhalb 24 Stunden um einen Separatfrieden und um einen sofortigen Waffenstillstand anzusuchen.

Ich kann nicht anders, Mein Gewissen als Herrscher befiehlt Mir also zu handeln.

In treuer Freundschaft

Karl

**Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf  
an den Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät  
Wirkl. Legationsrat Freiherrn von Grünau**

Telegramm

Abgegangen: 2 Uhr 30 nachm.

Berlin, den 27. Oktober 1918

Einer Meldung aus Wien zufolge bestehen dort Zweifel an unserer Bereitwilligkeit zur Fortführung der kürzlich eingeleiteten Friedensaktion. In diesem Sinne gehaltene tendenziöse Nachrichten dürften auch an Kaiser Karl gebracht worden sein und ihn zur Abfassung des Telegramms an Seine Majestät bestimmt haben. Unter diesen Umständen möchte ich die Absendung eines Telegramms an Kaiser Karl empfehlen, das beruhigend auf ihn einwirkt und geeignet ist, ihn von übereilten Schritten abzuhalten. Bitte demgemäß nachstehenden Entwurf Allerhöchsten Orts zum Vorschlag zu bringen:

„Teurer Freund! Die Ankündigung Deiner Absicht, unsern Gegnern einen Sonderfrieden anzubieten, hat Mich auf das schmerzlichste überrascht. Du würdest durch Ausführung dieses Gedankens dem Plan unserer Feinde freie Bahn öffnen, der darauf ausgeht, durch Trennung unserer Reiche unsere Länder leichter ihrem Willen zu unterwerfen und ihre anti-monarchischen Ziele zu verwirklichen.

Einen baldigen Frieden wünschen unsere Völker und Regierungen. Nach ihm ist Mein Sinnen ebenso gerichtet wie Deins; ihm zu dienen habe Ich schwere persönliche Opfer gebracht, denn dem Wohl Meines Volkes ordne Ich eigene Interessen willig unter. Die im Einvernehmen mit Deiner Regierung kürzlich eingeleitete Aktion bezweckt die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und des demnächstigen Friedens; die Verhandlungen befinden sich im Fluß und können in wenigen Tagen zu einem Ergebnis führen. Die bisherige Zusammenarbeit unserer Regierungen, deren Aussichten nicht ungünstig erscheinen, würde durch eine Sonderaktion Deiner Regierung im jetzigen Augenblick auf das äußerste gefährdet werden. Schon die Bedingungen für den Waffenstillstand werden sehr viel schwerer werden, wenn unsere Gegner erfahren, daß unser Bund gesprengt ist. Das berührt unsere Reiche in gleicher Weise. Ich bitte Dich daher dringend, von jedem Schritt abzusehen, der den Eindruck erwecken muß, daß wir nicht mehr einig sind.

Je fester wir auch fernerhin zusammenstehen, desto größer sind die Aussichten, daß unsere Gegner, die ebenfalls schwer unter den Lasten und Schrecknissen des Krieges leiden, sich zu Friedensbedingungen verstehen, die mit der Ehre und den Interessen unserer Völker im Einklang sind.

Ich erwarte von Dir, daß Du Deine Regierung sofort veranlassen wirst,  
nur im vollen Einvernehmen mit der Meinigen die mit den Vereinigten  
Staaten eingeleiteten Verhandlungen fortzuführen.

In treuer Freundschaft

Wilhelm“

gez. Staatssekretär

Dienstlicher Vermerk: Das Telegramm des Kaisers nach Wien ging am  
selben Nachmittag 5 Uhr 15 Min. ab. Ein kurzer Glückwunsch zur Abwehr  
italienischer Angriffe ist durch den Kaiser beigefügt worden.

Nr. 85

**Die vierte deutsche Note vom 27. Oktober 1918**

Abgegangen: 4 Uhr 35 nachm.

Die deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen. Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

gez. Solf

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes